Herr Viehof fragt nach, inwieweit Anträge vorliegen, die es erforderlich machen, in das Landschaftsschutzgebiet einzugreifen.

Herr Ludwigs erläutert, dass das Bebauungsplanverfahren bereits im APV vorgelegen und der Umweltausschuss nur eine beratende Funktion habe.

Herr Brücken erläutert, dass aufgrund vorliegender Anträge im APV beschlossen worden sei, einen Teilbereich, und zwar eine Bautiefe nördlich des Wirtschaftsweges, in das Verfahren des Bebauungsplanes aus Gründen der Wirtschaftlichkeit einzubeziehen. Es entstehe dadurch zusätzliches Bauland. Die nunmehr vorgeschlagene Fläche sei der Ergebnis entsprechender Verhandlungen mit dem Regierungspräsidenten. Da die Fläche im Landschaftsschutzgebiet liege, sei eine Aufhebung der Landschaftsschutzverordnung für diesem Bereich notwendig. Diese habe die Bezirksregierung auch in Aussicht gestellt.

Er erläutert weiter, dass der Bebauungsplan zwischenzeitlich schon offen gelegen habe. Anregungen und Bedenken seien nur hinsichtlich der Grundstücksaufteilung vorgebracht worden.

Herr Viehof bittet zu beantworten, in wie weit eine Erschließung notwendig sei und ob der Ausbau des Wirtschaftsweges auch notwendig wäre, wenn die im Landschaftsschutzgebiet liegende Fläche nicht einbezogen würde.

Herr Brücken erklärt, dass sich bei einer Einbeziehung der im Landschaftsschutzgebiet liegenden Fläche der technische Aufwand bei der Erschließung wesentlich einfacher gestalte und daher die günstigere Lösung darstelle.

Herr Kretzschmar stellt fest, dass eine beidseitige Bebauung auch hinsichtlich der Erschließung sinnvoll sei.

Beschluss-Nr.
XI/4/18

Der Umweltausschuss nimmt von der vorgesehenen Teilaufhebung von Landschaftsschutzgebiet im Bereich der Bauleitplanung für die 43. Änderung des FNP und gleichzeitig den Bebauungsplan Nr. 32 Bohlscheid Kenntnis.